

EU-Politik: kein allgemeines Jagdverbot wegen Vogelgrippe geplant

– Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz stand Intergruppe Nachhaltige Jagd Rede und Antwort –

Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, Markos Kyprianou, hat Mitte März Bestrebungen eine Absage erteilt, die Wildvogelbejagung zur Bekämpfung der Vogelgrippe auszuweiten. Bei einer außerordentlichen Sitzung der Intergruppe „Nachhaltige Jagd“ im Europäischen Parlament betonte Kyprianou außerdem, ein allgemeines Verbot der Vogeljagd sei nicht geplant. Der FACE-Generalsekretär, Yves. Lecocq, hob die Rolle der europäischen Järgergemeinschaft beim Vogelgrippe-Monitoring hervor und begrüßte die Haltung der EU-Kommission.

Bezogen auf Wildvögel hat nach Worten des EU-Kommissars die Vogelgrippe-Überwachung oberste Priorität, während bei Geflügel und anderen Hausvögeln das Schlüsselwort „Prävention“ heiße. Lediglich einen Teil dieser Präventivmaßnahmen stelle das derzeitige Verbot der Wildvogelbejagung in einer 10 Kilometer umfassenden Überwachungszone um die Ausbruchsstelle dar. Weitere Themen der Sitzung waren unter anderem der Einfluss der Präventivmaßnahmen auf bestimmte Aspekte des Jagens – etwa auf den Gebrauch von lebenden Lockvögeln oder die Aufzucht und das Aussetzen von Federwild, Gesundheitsrisiken für Jäger und ihre Hunde sowie die Effektivität von Schutzimpfungen.

Die EU-Abgeordneten der Intergruppe riefen die Kommission auf, Untersuchungen zur Rolle von Wildvögeln bei der Vogelgrippeübertragung zu forcieren, da zu viele Fragen bisher unbeantwortet blieben. Wegen der potenziellen Gefahr durch die Vogelgrippe wird eine zweite Sitzung der Intergruppe „Nachhaltige Jagd“ im Laufe des Jahres die Verbindung zwischen Zugvögeln und der Ausbreitung des Virus in den Fokus rücken. Für Deutschland haben an der Sitzung die EU-Abgeordneten Albert Deß (Co-Präsident der Intergruppe) und Dr. Markus Pieper sowie DJV-Hauptgeschäftsführer Goddert von Wülfing teilgenommen.